

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/KL/201

Bonn, den 19. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Die zweite Kanzlerschaft Erhard's</u> Koalition der Schwäche und des Mißtrauens	51
2	<u>Berlin</u> Alibi für gesamtdeutsche Politik Von Dr. Manfred Gerner	55
3	<u>EWG erhalten !</u> Sorgen der europäischen Sozialdemokraten	52
4	<u>Atomenergie - friedlich angewandt</u> Aus dem Bericht der Internationalen Atomenergiekommission	45
5 - 6	<u>Auf Moskaus Linie</u> Neue Nachpositionen für Kubas Mitkommunisten	68

Die zweite Kanzlerschaft Erhards

Koalition der Schwäche und des Mißtrauens

Der - Der große und der kleine Partner der kleinen Koalition haben sich endlich zusammengerauft, ein für die Beteiligten an den Nerven zehrendes Tauziehen ist beendet. Die Unionsparteien und die Freien Demokraten werden wieder die Regierung bilden, und Kanzler und Vizekanzler heißen wiederum Erhard und Mende. Die Vorgeschichte dieser Regierungsbildung weist manche erregenden Kapitel auf, die Persönlichkeiten, die in diesem Spiel um die Erhaltung der Macht als Akteure und Empresser mitwirkten, haben nicht Lorbeerkränze um ihre Häupter winden können. Die Herren von den Unionsparteien und der FDP stehen ziemlich lädiert da, sie trieben miteinander und umeinander ein Katz-und-Maus-Spiel, und mancher mußte dabei viele Federn lassen. Diese Regierungsbildung stand von vornherein unter dem negativen Vorzeichen, die Sozialdemokratie von der Regierungsverantwortung fernzuhalten. Das trug den Sieg über alle taktischen Finessen, Ränkuren und Eifersüchteleien davon, auch wenn es den Einen oder Anderen zum Unfall nötigte. Von großer Politik, von der Behandlung der Lebensfragen der Nation war in diesen Wochen wohl kaum die Rede. Mehr ging es darum, persönliche Machtpositionen zu behalten, neue zu erringen und manchen Mitbewerber zu demütigen.

Die Gegensätze innerhalb dieser Koalition, gepaart mit persönlicher Gegnerschaft, bleiben auch weiterhin bestehen, sie wurden nicht auf höherer Ebene eingeebnet und geglättet. Diese alt-neue Koalition trägt das Stigma der Schwäche und des gegenseitigen Mißtrauens. Das Erscheinungsbild Ludwig Erhards als eines Mannes, der einem auf ihn ausgeübten Druck nachgibt, dem die Fähigkeit zur entschiedenen Handeln abgeht, ist um neue Parabölen bereichert worden. Er hat in den Tagen nach der Bundestagswahl niemandem Anlaß gegeben, sein Urteil über ihn zu ändern - weder seinen Freunden, noch seinen Gegnern. Seine große Bogabung zu schirmschützenden Formalisierungen und zu Kompromissen, in denen keine Kraft und sein Saft mehr stecken, brachte ihn über die Hürden. Hat Erhard nun den Weg frei für die nächsten vier Jahre? Sieht er sich nicht den gleichen Hindernissen und Schwierigkeiten ausgesetzt, die sein erstes Kabinett kennzeichneten und es zur Schwäche verurteilten?

Das zweite Kabinett Erhard steht vor einer Fülle von Aufgaben, an deren Lösung es nicht zu beneiden ist. Die Politik bekommt wieder Vorrang. Es gilt, dem Bundeshaushalt, durch die Wahlgewinne der Regierungsparteien in ein völliges Durcheinander geraten, wieder in Ordnung zu bringen. Die Vorschläge der Sparkommission lassen für den Bürger Trübsal ahnen. Sie sind von dem Bestreben getragen, den Schwächsten an die Kasse zu lassen. Die drohende Einstellung des sozialen Wohnungsbaus ist ein Indiz dafür, in welcher Richtung die Sanierungsmaßnahmen erfolgen dürften. Sprengstoff für das neue Kabinett liegt in der Außenpolitik, auf jenem Gebiet, auf dem die Unionsparteien nicht in der Lage waren, gemeinsame Orientierungen zu erreichen. Hier sind Meilensteine als Richtungsweiser noch zu setzen. Welche Gelegenheit für die deutsche Gaullisten und für die innerparteilichen Gegner Erhards, hier Unruhe und Unsicherheit zu stiften, einer künstlichen, an deutschen Notwendigkeiten sich orientierenden und der Wirklichkeit Rechnung tragenden Außenpolitik den Schwung und die Kraft zu nehmen.

Über den Beginn der zweiten Kanzlerschaft Erhards liegen so manche Sturmzeichen.

Berlin

Alibi für gesamtdeutsche Politik

Von Dr. Manfred Geßner

Es war eine unübersichtbare Demonstration für die unauflösbare Schicksalsgemeinschaft zwischen Westberlin und dem übrigen Teil der Bundesrepublik, als der Bundestag zum erstenmal seit seinem Bestehen am 19. und 20. Oktober 1955 in der deutschen Hauptstadt zu einer Arbeitssitzung zusammentrat. Bundestagspräsident Gerstenmaier erklärte im großen Hörsaal des Physikalischen Instituts der Technischen Universität, "daß die oberste gesetzgebende Körperschaft des deutschen Volkes sich niemals neigen wird unter das Joch der Tyrannei und Rechtsbrechung, gleichgültig mit welcher Farbe es sich drapiert." Das waren Worte, die jeder Sozialdemokrat vorbehaltlos unterschreiben konnte. Und das Verhalten der Sozialdemokratie in den darauffolgenden Jahren spricht dafür, daß sie dieses Bekenntnis weitaus konsequenter als Bestandteil ihrer Berlinpolitik betrachtete als die Partei des Bundestagspräsidenten. Immer wieder hat sie darauf gedrungen, die Volkvertretung nach Berlin einzuberufen, um Zweifeln an dessen Zugehörigkeit zur Bundesrepublik von vornherein entgegenzutreten.

Der Bundestagsmehrheit fehlte jedoch der vorausschauende Blick für eine etwaige von der Sowjetunion betriebene Isolierung Berlins. Offenbar vermochte sie sich nicht vorzustellen, daß eines Tages der Krenl bedrückt sein könnte, die Hypothek der deutschen Frage formal den Machthabern in Pankow aufzubürden. Wie konnte er den Entwicklungsländern seine Propagandathese von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker glaubhaft machen, wenn er einen Teil des deutschen Volkes weiterhin unter sein caudinesches Joch gezwängt hielt und dafür voll verantwortlich zeichnete? Wäre es unter diesen Umständen nicht naheliegend gewesen daran zu denken, daß die sowjetische Parole "Deutsche an einen Tisch" den Krenl auf einen Ausweg hoffen ließ. Als ihn später Chruschtschow beschränkt, betrachtete er ihn gleichzeitig als Schachzug gegen die Freiheit Berlins. Durch den Status einer "freien Stadt", deren bisherige Bande zur Bundesrepublik zerschnitten werden sollten, wollte er die Westsektoren für seine Aktion der Einverleibung sturmreif machen und den Dialog über die Zukunft Berlins auf die Ebene zwischen Bonn und Pankow verlagern. Um so mehr hätte die Bundesregierung darauf bedacht sein müssen, die Verklammerung mit der deutschen Hauptstadt wieder unter Beweis zu stellen. An Vorschlägen der SPD, beispielsweise Übersiedlung von Bundesministerien oder Stimmrecht der Berliner Abgeordneten in Bonn, hat es nicht gefehlt. Und es versteht sich von selbst, daß die Mahnung, die Volkvertretung in der geteilten Stadt tagen zu lassen, gleichfalls nicht verstummt.

CDU/CSU und FDP müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie durch den jahrelangen Verzicht auf Einberufungen des Bundestages in der Spree der Spaltungspolitik der kommunistischen Führer Vorschub geleistet haben. Der Hinweis auf die Verantwortung der Alliierten vermag schon deshalb nicht zu überzeugen, weil selbstverständlich eine entsprechende Ab-sprache mit ihnen Voraussetzung gewesen wäre und im Übrigen durch die Arbeitswoche vor 10 Jahren ein Präzedenzfall geschaffen wurde, der die Tür für weitere Zusammenkünfte offenhielt. In Bonn hat man verneint, sowohl Moskau als auch Pankow an ständige Beratungen des Plenums in Berlin zu gewöhnen. Der lautstarke und provokatorische Protest der östlichen Seite anläßlich der Sitzung im Frühjahr 1957 war die Frucht dieser konzeptionslosen und kleinmütigen Politik. Leider ist zu befürchten, daß Zielstrebigkeit und Mut in der Berlin- und damit Deutschlandfrage unter einer Regierung Erhard noch mehr in den Schatten von persönlichen und koalitions-politischem Streit geraten als bisher. Dies wird die SPD nicht davon abhalten können, immer wieder zu fordern, der Zugehörigkeit Berlins zur

EWG erhalten

Sorgen der europäischen Sozialdemokraten

E.D. - Die am Wochenende in Straßburg stattgefundene Sitzung des Verbindungsbüros der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, an der führende Sozialdemokraten aus den sechs EWG-Ländern, darunter für die SPD Herbert Wehner, teilnahmen, hat sowohl in ihrem Beratungsthema als auch im Ergebnis der Diskussion ein überaus lebhaftes und verdientes Echo in der Bundesrepublik wie in den europäischen Nachbarländern gefunden.

In einer Erklärung, die die Überschrift "Heraus aus der Krise" trägt, verpflichten sich die sozialdemokratischen Parteien in den EWG-Ländern, alles zu tun, damit die gegenwärtige schwere politische Krise, die durch das Verhalten einer Regierung eines Mitgliedstaates der EWG entstanden ist, überwunden wird.

Deutlich und unmißverständlich bekennen sich die sozialdemokratischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens und der Benelux-Länder zu den Verträgen von Paris und Rom, die die Grundsteine des europäischen Einigungswerkes bilden. Aus der Erklärung geht gleichfalls hervor, wie sehr die Sozialdemokraten besorgt sind, daß die Krise in der EWG die atlantische Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen der Verteidigung und der Wirtschaft, gefährdet.

Jedermann unter den Teilnehmern der Sitzung in Straßburg war sich darüber im klaren, daß ein Ausweg aus der gegenwärtigen Lage, der das Fundament der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gefährden würde, in jedem Falle abzulehnen sei. Entscheidend war auch, daß die sozialdemokratischen Parteien sehr nachdrücklich betonten, daß die fünf Partner Frankreichs in der EWG bereit sein müßten, das Werk der europäischen Integration weiterzuführen, um den Zerfall der Gemeinschaft zu verhüten. Dieser Satz ist für den Fall gedacht, daß sich kein anderer Ausweg aus der gegenwärtigen Krise abzeichnen würde.

Die Sitzung in Straßburg hat erneut bewiesen, daß die Sozialdemokraten in den sechs Ländern konsequent das europäische Einigungswerk weiterführen.

Atomenergie - friedlich angewandt

Aus dem Bericht der Internationalen Atomenergiekommission

Ik. - Auf der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergiekommission, die in Wien residiert, aber in Tokio eine Tagung abhielt, ist der Generaldirektor der IAEA, Dr. Sigvard Eklund, für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Die Konferenz zeigte, daß es in vielen wesentlichen Fragen der friedlichen Anwendung der Atomenergie in der Welt keine Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gab. Die Wahl von Eklund ist ein Beispiel dafür.

Aber auch der Arbeitsbericht der Atomenergiekommission läßt hoffen. So berichtete Eklund, im Januar dieses Jahres haben die USA und die Sowjetunion ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Meerwasserentsalzung in der Welt geschlossen. In großem Maßstabe ist das nur unter Verwendung moderner Atomreaktoren möglich, die als Nebenleistung zugleich elektrische Energie für die landwirtschaftlich genutzten Gebiete liefern. Beide Länder verpflichten sich, künftig der Atomenergiekommission ihre Forschungsberichte über die Meerwasserentsalzung zur Verfügung zu stellen. Ferner darf die IAEA künftig Teilnehmer ihrer Wahl zu Fachtagungen in die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten entsenden, bei denen es um die Meerwasserentsalzung und damit landwirtschaftliche Bewässerung und Trinkwasserversorgung der Bevölkerung geht. Eklund berichtete, daß schon eine Reihe von Entwicklungsländern, die mit der Wasserversorgung zu kämpfen haben, aber Wüstenstriche nutzbar machen möchten, mit der Bitte um Gutachten an die Internationale Atomenergiekommission der Vereinten Nationen herangetreten sind.

Eklund mußte zugleich zu berichten, daß nunmehr auch spezielle Aufgaben für Jugoslawien und für die Philippinen von der IAEA zu lösen sind, wofür ein Sonderfonds der Vereinten Nationen zur Verfügung steht. Jugoslawien wird Experten von der Atomenergie-Organisation zwecks Ausbildungstätigkeit am Zemun-Institut erhalten. Es geht um die Anwendung von Atomenergie in der Landwirtschaft, der Waldwirtschaft und der Veterinärmedizin. Für die Philippinen stellt die Atomenergie-Organisation Finanzexperten, die die Aufstellung von Atomreaktoren in dem Inselstaat zwecks Erzeugung von elektrischer Energie bilanztechnisch untersuchen sollen.

Bemerkenswert ist auch, daß die IAEA gemeinsam mit der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen eingeschaltet worden ist, um mit Geldern aus dem Sonderfonds der Vereinten Nationen die mittelamerikanische Fruchtfliege in Mittelamerika mit Hilfe neuartiger Sterilisierungsverfahren auszurotten. Es geht hier einfach darum, in den mittelamerikanischen Staaten eine größere Seuchensfreiheit und höhere Agrarproduktion zu erreichen, indem die gefährliche Fruchtfliege unter Anwendung atomarer Spurenkennnisse ausgeschaltet wird. Ein ähnliches Projekt mit Hilfe der angewandten Atomenergie betreibt die IAEA in der Türkei, wo Getreideschädlinge durch radioaktive Bestrahlungen unfruchtbar gemacht wurden.

Auf Moskaus Linie

Neue Machtpositionen für Kubas Altkommunisten

H.D. - Seit ihrer jüngsten Umbenennung in "Kommunistische Partei Kubas" hat sich die "Einheitspartei der sozialistischen Revolution Kubas" dem Organisations-Schema der Ostblock-Parteien angeglichen. Anfang Oktober gab das neue kubanische KP-Zentralorgan "Granma" die Zusammensetzung der neuen Führungsgremien bekannt, die auf einen beträchtlichen Machtzuwachs der "orthodoxen" Kommunisten Moskauer Prägung, die früheren "Volkssozialisten", schließen läßt. Im achtköpfigen Politbüro, dessen stärkste Figuren die Gebrüder Fidel und Raúl Castro sind, ist als einziger orthodoxer Kommunist der Staatspräsident Osvaldo Dorticos Torrado vertreten. Die Brüder Castro haben sich auch das wichtige Parteisekretariat zu sichern verstanden, dem Fidel Castro als Generalsekretär vorsteht. Doch sie müssen ihre Macht mit drei führenden Kommunisten und dem Vertreter der schwachen "Bewegung des 13. März", Fauro Chomón Mediavilla, teilen. Neben dem kommunistischen Staatspräsidenten sitzen in diesem Gremium der Kommunistenchef Blas Roca alias Francisco Calderio und der vor einigen Monaten entmachtete Bodenreform-Boss und Altkommunist Carlos Rafael Rodríguez, der bereits mit dem Diktator Batista zusammengearbeitet hatte.

Die "Batista-Kollaborateure" unter Kubas Kommunisten haben bedeutende Machtpositionen in der neuformierten KP erobert. Diese Gewinne gehen zu Lasten des entmachteten Ernesto "Che" Guevara und des in keinem der Führungsgremien mehr vertretenen "Peking-Flügel" der kubanischen Kommunisten.

Organisationssekretär wurde der Kommunist und Erziehungsminister Armando Hart Dávalos, der wegen seiner lavierenden und gemäßigten Haltung von vielen als Kompromißkandidat angesehen wird. Er hatte sich seit Beginn der Castro-Herrschaft im Januar 1959 stets geschickt der jeweils vorherrschenden Strömung angepaßt, ohne sich zu kompromittieren.

Aufschlußreich ist auch die Zusammensetzung des Zentralkomitees, das aus neunzig Mitgliedern besteht. 59 ZK-Mitglieder haben militärischen Rang, die überwiegende Mehrzahl sind Majore, die der alten Castro-Bewegung des 26. Juli angehörten. Fidel Castros Schwägerin

Wilma Espin de Castro ist ebenfalls in dieser Körperschaft vertreten, gemeinsam mit ihrer Konkurrentin in der Leitung der Frauenbewegung, Haydee Santamaría.

Der Chef des kubanischen Gewerkschaftsbundes, Lázaro Peña, der einzige führende Kommunist, der im Gegensatz zu den "Orthodoxen" dem heutigen kubanischen Regierungschef während der Batista-Zeit die Stange hielt, wurde gleichfalls nur gewöhnliches ZK-Mitglied.

Das wichtige Komitee für die bewaffneten Streitkräfte und die Staatssicherheit, von Raúl Castro geführt, ist ganz in Händen der Castro-Gruppe, während die Wirtschaftskommission zwei Kommunisten unter ihren fünf Mitgliedern zählt: den Staatspräsidenten und wieder einmal Rodríguez, dem Castro noch vor wenigen Monaten völlige Unfähigkeit als Wirtschaftsfachmann vorgeworfen hatte. Die Kommission für die Ausarbeitung einer für 1969 vorgesehenen sozialistischen Staatsverfassung wird vom Kommunistenchef Blas Roca geleitet, während die unbedeutenderen Komitees für Erziehung und Auslandsbeziehungen weniger kommunistisch durchsetzt sind.

Kubas Altkommunisten konnten im neugebildeten Parteiapparat ihre Positionen im Vergleich zur früheren Organisationsform unverhältnismäßig stark ausbauen. Die sogenannte "Peking-Fraktion" ist, wie aus der in Havanna veröffentlichten Namensliste hervorgeht, in keinem dieser Gremien vertreten. Stärkere Bindungen zwischen Havanna und Moskau sind jetzt angezeigt. Kuba hat sich nunmehr auch formell dem Ostblock angeschlossen.

Den Brüdern Castro ist es jedenfalls gelungen, die bisherigen Schlüsselpositionen des Regimes zu behaupten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich dies ändern kann, wenn die Partei im Dezember 1966 ihren ersten Kongreß veranstaltet und die Kommunisten eventuell auf eine Trennung von Staats- und Parteiämtern nach Ostblock-Vorbildern drängen. Dann wäre die Castro-Gruppe benachteiligt, da sie die staatlichen Schlüsselstellungen einnimmt. Die Kommunisten sind im Staatsapparat bisher noch vergleichsweise einflußlos geblieben, seitdem im März 1962 die sogenannte "Escalante-Verschwörung" aufgedeckt wurde.